

Gruppe noch sehr niedrig waren, hat sich aufgrund der gestiegenen Nachfrage die Verhandlungsposition dieser hoch qualifizierten Arbeitskräfte deutlich verbessert. (SCMP, 9.8.93)

Die Personalkosten für chinesische Manager, die in Niederlassungen ausländischer Unternehmen oder Joint Ventures arbeiten, betragen einer Untersuchung des international arbeitenden Personalberatungsunternehmens Wyatt Co. zufolge im Durchschnitt das 13fache eines einfachen Arbeiters. In den von Wyatt Co. landesweit untersuchten 58 Unternehmen betrug das Gehalt eines chinesischen Managers in einer ausländischen Repräsentanz im Durchschnitt 6.600 US\$ (rd. 38.000 RMB) pro Jahr. Dagegen verdiente der chinesische Manager eines Joint Ventures mit rund 2.500 US\$ deutlich weniger. Für 1993 wurde die voraussichtliche Steigerung der Einkommen für die erstgenannte Gruppe chinesischer Manager mit 11,9% und für die zweite Gruppe mit 17,7% angegeben. Der Durchschnittslohn eines einfachen Arbeiters belief sich der Untersuchung Wyatt Co. zufolge ohne Zusatzleistungen auf 500 US\$ (2.900 RMB) pro Jahr. (IHT, 8.4.93) -schü-

Binnenwirtschaft

* (29)

Weltbank empfahl Verstärkung der makroökonomischen Steuerung

Wie die *Financial Times* am 25.8.93 berichtet, hat sich der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji im Juni d.J. an die Experten der Weltbank gewandt und um eine Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und notwendiger Maßnahmen gebeten. Auf einer dreitägigen Konferenz mit Weltbankfachleuten und ausländischen Wirtschaftsexperten sowie hochrangigen Vertretern aus dem chinesischen Finanzministerium, der Zentralbank und der Wirtschaftsreformkommission stand die Frage angemessener wirtschaftspolitischer Reaktionen auf den derzeitigen Wirtschaftsboom und krisenhafte Entwicklungen im monetären Bereich im Vordergrund.

Die Frage, ob die Wirtschaft als überhitzt zu bezeichnen sei, bejahten die Weltbankexperten eindeutig. Sie hätten in ihrer jährlichen Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, die

im Juni abgeschlossen wurde, dargestellt, daß das hohe Wachstum der Investitionen zu einem Preisanstieg bei Rohstoffen von fast 40% geführt habe. Auch sei ein starker Anstieg der Preise von Immobilien und Wertpapieren festzustellen gewesen und die Überschußnachfrage hätte Engpässe im Transportbereich und im Elektrizitätsangebot verursacht. Die Weltbank konstatierte: "It is clear that the economy is now overheating, and that growth at current rates is not sustainable". Allerdings, so die Weltbank, könne durch schnelles Handeln eine "harte Landung" vermieden und ein Wirtschaftswachstum von 8-9% aufrecht erhalten werden.

Im Zentrum der gemeinsam mit den Weltbankexperten geführten Tagung im Juni soll das Thema gestanden haben, wie die Regierung Kontrolle über das Finanzsystem ausüben und eine makroökonomische Steuerung durchführen könne, ohne die Entwicklung der Marktmechanismen abzuwürgen.

Nach Einschätzung der Weltbank sei es das zentrale Problem Chinas, daß die Zentralbank die monetäre Entwicklung nicht kontrollieren könne. So sei nur eine geringe Disziplin bei der Kreditvergabe der Banken und überhaupt keine Beschränkungen bei der Kreditvergabe durch intermediäre Finanzinstitutionen feststellbar, der Einsatz von Zinsen als monetäre Instrumente würde unzureichend genutzt und das Problem von Devisenabflüssen sei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Zentralbank selbst habe sich sogar in zunehmendem Maße mit kommerziellen Aktivitäten beschäftigt.

Im Mittelpunkt der Empfehlungen der Weltbank standen Fragen der Kontrolle des Finanzsystems. Notwendig sei die Umstrukturierung der Zentralbank, damit sie die üblicherweise von einer Zentralbank geforderten Aufgaben durchführen könne. Hierzu zähle auch die Einstellung aller Aktivitäten, die ihrer Funktion nicht entsprechen, wie beispielsweise die Unterhaltung von Wertpapiergesellschaften und Investmentfonds. Weiterhin empfahl die Weltbank eine Erhöhung der Spar- und Kreditzinsen sowie eine Verschärfung der Kontrolle über das Bankensystem mit einer Reduzierung ihrer Liquidität durch Erhöhung der von den Banken zu haltenden Mindestreserve. Gleichzeitig sollten den Kreditobergrenzen Geltung verschafft und gegenüber allen Kreditinstitutionen verbindlich durchgesetzt werden. Die Weltbank riet auch zu Maßnahmen im

Hinblick auf einen einheitlichen Wechselkurs, mit einer Annäherung der Umtauschrate auf den Devisenwappmärkten an den offiziellen Wechselkurs.

Die Weltbank wies auch auf das Problem hin, daß die offizielle Aufforderung zu einem schnellen Wachstum die Lokalregierungen dazu ermuntert hätte, Kapitalinvestitionen auf Immobilien- und Industrieprojekte zu konzentrieren. Solchen Projekten seien Steuervorteile eingeräumt worden, indem die Baugebiete als Entwicklungszonen deklariert wurden. Finanziert durch leicht zugängliche Kredite hätten diese Projekte in hohem Ausmaß den Wirtschaftsboom mit verursacht und die Nachfrage nach Rohstoffen und deren Preise in die Höhe getrieben.

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, daß die Weltbank China in dem Ende August veröffentlichten Bericht "China: Reform and Development 1992-93" empfohlen habe, neben kurzfristig wirkenden Maßnahmen weitere Schritte zur Vertiefung der Reform zu unternehmen. Die Reformen müßten zum Ziel haben, daß die Regierung mit Instrumenten und Institutionen zur Durchführung einer makroökonomischen Steuerung ausgerüstet wird und die Unternehmen empfänglich für indirekte ökonomische Hebel werden. Die Marktwirtschaft bedeute für China nicht notwendigerweise weniger Regierung, sondern eine andere Form der Regierungsaktivitäten und die Definierung einer neuen Rolle für die Regierung. (XNA, 26.8.93)

Die Umsetzung der von der Weltbank empfohlenen Strategie begann bereits am 2. Juli d.J. mit der Übernahme der Position des Zentralbankpräsidenten durch Zhu Rongji. Dieser erklärte dann am 5.7.93, daß eine Adjustierung der Finanzordnung notwendig sei. Zum 11.7.93 wurden dann die Zinsen zum zweiten Mal nach der Zinserhöhung vom Mai angehoben. Durch Intervention der Zentralbank wurde der Wechselkurs der Devisenwappmärkte dem offiziellen Kurs angenähert. Banken wurden angewiesen, ihre Kreditrahmen einzuhalten und Interbankkredite untersagt. Außerdem wurde die Kontrolle über die Ausweitung der Entwicklungszonen verstärkt. Alle diese Maßnahmen erhielten ihr besonderes Gewicht durch die Entsendung von Untersuchungsgruppen in die Provinzen, die mit Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vorgaben drohten.

Daß sich Zhu Rongji an die Weltbank um Vorschläge zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme gewandt hat, macht deutlich, daß über eine externe "neutrale" Stelle die Absicherung einschneidender Maßnahmen gesucht wurde. Damit könnte der Widerstand der Lokalregierungen gegen die Beschränkung ihrer wirtschaftspolitischen Macht, die mit einer Verstärkung der makroökonomischen Steuerung der Zentralregierung verbunden ist, reduziert werden. Gegen die Empfehlungen der weltweit anerkannten ausländischen Experten zu handeln, könnte als Ablehnung der übergeordneten nationalen Interessen interpretiert und somit sanktioniert werden. -schü-

*(30)

Stärkung der monetären Kontrolle soll erste Erfolge zeigen

In einer Rede auf der 3.Tagung des Ständigen Ausschusses des 8.NVK Ende August d.J. wies der Zentralbankpräsident und stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji auf die ersten Fortschritte bei der Verbesserung der Finanzordnung und der makroökonomischen Kontrolle hin. So hätte ein Drittel der illegalen Interbanken-Kredite zurückgerufen, die Bildung nicht genehmigter Kapitalfonds kontrolliert und über die Erhöhung der Sparzinsen hätten die Bankeinlagen erhöht werden können. Weiterhin sei der Wechselkurs auf den Devisenswapmärkten dem offiziellen Kurs angenähert worden. Der neue Kurs werde auf einem Niveau von rund 1 US\$: 8,8 RMBY stabil gehalten; dies wirke sich positiv auf das Vertrauen ausländischer Investoren aus. Auch bei der Konzentration der Finanzmittel auf die wichtigsten Projekte - für den Ankauf der Sommerernte und für exportorientierte Unternehmen - seien Erfolge erzielt worden. Darüber hinaus habe die Ausweitung der Anzahl der Entwicklungszonen und die Spekulation im Immobiliensektor unter Kontrolle gebracht werden können.

Trotz dieser ersten Erfolge beständen noch große Probleme. Da die Geldmenge im Umlauf weiterhin zu hoch sei, werde es schwierig werden, die Kontrolle über die Ausweitung der Geldmenge bis Ende des Jahres zu erreichen. Viele lokale Ebenen würden sich über das knappe Geldangebot beklagen. Verursacht wurde diese Situation Zhu Rongji zufolge durch die zu starke Ausweitung der Anlageinvestitionen und unangemessene Verwendung der Investitionsmittel. (XNA, 31.8.93)

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua erklärte der stellvertretende Zentralbankpräsident Zhou Zhengqing, daß ein größerer Teil der entgegen den Bestimmungen vergebenen Kredite von den Banken zurückgerufen werden konnte. Bis zum 15.8.93, dies war die den Banken gesetzte Frist, hätten nicht erlaubte Interbanken-Kredite in Höhe von 72,7 Mrd. Yuan wieder zurückgefordert werden können.

Erste statistische Angaben hierzu zeigen, daß 40% des zurückgerufenen Kapitals von den Banken zur Wiederauffüllung der Reserven für Auszahlung von Einlagen der Unternehmen oder privaten Bankkunden verwandt wurden, 30% als Kredite für Schlüsselprojekte der Infrastruktur ausgegeben und weitere 30% für die Bereitstellung von Bankkrediten an Unternehmen eingesetzt wurden, die ausstehende Rechnungen begleichen mußten. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 27.8.93, in SWB, 1.9.93)

Insgesamt war die Summe der illegal ausgegebenen Kredite der Banken, die zurückgefordert werden sollten bis zum 15.8.93, mit 200 Mrd. Yuan beziffert worden. (SCMP, 17.8.93) Inzwischen soll angekündigt worden sein, daß die Frist zur Rückzahlung dieser Kredite an die Banken über die restliche Summe bis Ende d.J. verlängert wurde. (IHT, 13.9.93)

Ende August d.J. wurde weiterhin gemeinsam von der Zentralbank und dem Finanzministerium eine Bestimmung erlassen, die der Zentralbank (und ihren lokalen Zweigstellen) kommerzielle Aktivitäten untersagt. Gewinne aus den von der Zentralbank gegründeten Finanzunternehmen müssen an die Regierung abgeführt werden. (IHT, 31.8.93; RMRB, 20.8.93, S. 1; Bestimmung S.2)

Über das Zurückrufen von Investitionen bestimmter Inlandsprovinzen in den boomenden Küstenprovinzen wird ebenfalls berichtet. So soll allein die Provinz Sichuan eine Summe von drei Mrd. Yuan aus den Küstenregionen wieder abgezogen haben. (Ming Bao, Hongkong, in Chinese, 26.7.93, in SWB, 17.8.93)

Für die geplanten Investitionen in die Infrastruktur sollen jedoch nach wie vor die Investitionsmittel, mit Ausnahme der Kredite für den Ausbau des Eisenbahnnetzes, nicht ausreichen. So müsse die China Bank of Construction, die 80% der Finanzmittel für die

Schlüsselprojekte in einem staatlichen festgelegten Kreditrahmen von 56,85 Mrd. Yuan zur Verfügung stellen soll, mit einem Fehlbetrag von 33,56 Mrd. Yuan rechnen. Der wesentliche Grund hierfür sei der Rückgang der Unternehmenseinlagen bei der Bank. So hätten die Bauunternehmen einen höheren Anteil an Eigenkapital für ihre Projekte einsetzen müssen, da aufgrund des Baubooms in vielen Regionen Bankkredite und Investbaumittel nicht in ausreichendem Maße bereitgestellt waren. Außerdem seien ihre notwendigen Umlaufmittel aufgrund der drastischen Preissteigerungen für Baumaterialien und Produktionsausrüstungen erheblich angestiegen. Darüber hinaus sei die Kreditvergabe der Banken und der Transfer bestehender Spareinlagen durch die Aufnahme von Krediten einer Anzahl von Regionen und Lokalregierungen, die diese für die Gründung von Unternehmen im tertiären Sektor eingesetzt hätten, negativ beeinflusst worden. (Ming Bao, Hongkong, in Chinese, 18.8.93, in SWB, 25.8.93) -schü-

*(31)

Lohnstopp für staatliche Verlustbetriebe

Das Arbeitsministerium, die Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission sowie die Wirtschaftsreformkommission haben gemeinsam Bestimmungen erarbeitet, die einen Lohnstopp in staatlichen Verlustbetrieben vorsehen.

Nach Angaben von Vertretern des Arbeitsministeriums sei das Verhalten der Betriebe bei der Festlegung von Löhnen, Boni, Subventionen und anderen Sonderleistungen außer Kontrolle geraten. Die neuen Bestimmungen zielen darauf ab, den Lohnanstieg der gesamtwirtschaftlichen Zuwachsrates anzupassen.

Der Einkommensanstieg der städtischen Arbeiter und Angestellten betrug in den ersten sechs Monaten d.J. 21,7% (Lohnsumme 267,05 Mrd.Yuan) im Vergleich zur Vorjahresperiode. Staatliche Betriebe erhöhten ihre Boni bis zum 1.Halbjahr um 38% (41,29 Mrd. Yuan) und ihre sonstige Zulagen und Beihilfen um 28% (47,65 Mrd. Yuan). Die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts machte in diesem Zeitraum 13,9% aus.

Nur den Staatsbetrieben, die auch Gewinne machen, soll es erlaubt sein, ihre Löhne und Zusatzleistungen zu erhöhen. Staatliche Unternehmen, die kei-

CHINA aktuell

ne Anstrengungen zeigen, ihre Verluste abzubauen, müssen außerdem mit der schrittweisen Reduzierung der ihnen zugewiesenen Subventionen rechnen.

Der Lohnanstieg außerhalb des staatlichen Sektors war im genannten Zeitraum jedoch noch höher. Beispielsweise stiegen die Löhne in den Privatbetrieben um 63% (Lohnsumme 6,38 Mrd. Yuan). Allerdings sieht das Arbeitsministerium nur wenig Möglichkeiten, Einfluß auf die Lohnentwicklung in den Privatunternehmen und Joint Ventures zu nehmen. Auch die Kontrolle des Einkommensanstiegs aus Nebenerwerbsbeschäftigungen oder Kapitalvermögen wird als relativ schwierig angesehen. Dem Staatlichen Statistikamt zufolge nahmen diese Zusatz Einkommen im 1. Halbjahr 1993 um 23,3% (11,22 Mrd. Yuan) zu. (CD, 17.8.93) -schü-

*(32)

Schwierige Einkommenssituation für die Bauern

Chinas Landwirtschaftsminister Liu Jiang wies in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua auf die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme der Bauern hin. Besorgniserregend sei vor allem das Ausmaß, mit dem die landwirtschaftliche Entwicklung hinter die industrielle gefallen sei. Niedrige Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte und relativ hohe Preise für Inputs hätten die Gewinnmöglichkeiten und damit die Motivation der Bauern beeinträchtigt. (SCMP, 10.8.93)

Diese kritische Entwicklung wird am Beispiel des Kreises Taikang, der in der überwiegend Getreide produzierenden Provinz Henan liegt, deutlich. Seit 1984 stiegen hier die Kosten für Kunstdünger, Pestizide, Treibstoffe und Plastikfolien um 92%, während sich der Getreideankaufspreis lediglich um 59% erhöhte.

Die Belastung der Bauern mit vielfältigen Abgaben und Gebühren hat ebenfalls die Realeinkommen drastisch reduziert. Weiterhin haben die Bauern in den letzten Jahren bei dem Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte vielfach statt Bargeld lediglich Anrechtsscheine erhalten, die erst zu einem späteren Zeitpunkt eingelöst wurden. (*Economic Daily*, in SCMP, 10.8.93)

Die Verschlechterung der Verdienstmöglichkeiten im Agrarsektor bedingen die hohen Einkommensunterschiede zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Während die erstgenannte Gruppe 1992 ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 1.826 Yuan sowie einen Einkommensanstieg von nominal 18,2% und real 8,8% (1991: nominale Steigerung 13,2% und realer Einkommensanstieg von 7,7%) verzeichnen konnte, fielen die Einkommen für die ländliche Bevölkerung wesentlich niedriger aus.

Das Durchschnittseinkommen der im Agrarsektor Beschäftigten betrug 1992 lediglich 784 Yuan und erhöhte sich um nominal 10,6%; die reale Steigerungsrate betrug 5,9%. Damit war eine leichte Verbesserung der Durchschnittseinkommen im Vergleich zu 1991 verbunden. In jenem Jahr machte der nominale Einkommensanstieg lediglich 3,5% und der reale Anstieg 2,0% aus. (NfA, 8.4.93)

Für das 1. Halbjahr wird zwar eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der ländlichen Bevölkerung um real 7% auf 423 Yuan gemeldet, doch ist dieser Anstieg vor allem auf höhere Verdienste in anderen Bereichen als dem Pflanzenanbau zurückzuführen. Einer landesweiten Stichprobenerhebung des Staatlichen Statistikamtes in 67.000 Haushalten zufolge stieg das Einkommen aus kollektiveigenen Unternehmen um 26% im 1. Halbjahr im Vergleich zur Vorjahresperiode und machte 56,8 Yuan aus. Das Pro-Kopf-Einkommen aus landwirtschaftlichen Aktivitäten i.e.S. erhöhte sich auch, jedoch in einem geringeren Umfange. So erhielten die Bauern aus dem Verkauf von landwirtschaftlichen und Nebengewerbeprodukten durchschnittlich ein Pro-Kopf-Einkommen von 203,2 Yuan, ein Anstieg um 10,3%. Im einzelnen setzt sich dieses Einkommen zusammen aus Verkaufserlösen für Anbauprodukte in Höhe von 85,2 Yuan (+5,4%) und für Viehzuchtprodukte von 90,3 Yuan (+10,5%). Die Verkaufserlöse für Fischzuchtprodukte und forstwirtschaftliche Produkte stiegen um 17,2% und 18,6%. (XNA, 15.8.93)

Weiterhin bestehen deutliche regionale Einkommensunterschiede in den ländlichen Gebieten. Beispielsweise wiesen die Bauern der Provinz Guangdong im 1. Halbjahr ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen in Höhe von 1.005 Yuan auf, ein Anstieg um 29% gegenüber der Vorjahresperiode. Ein

Anteil von 333 Yuan des Einkommens stammt aus nichtlandwirtschaftlichen Produktions- und Dienstleistungsaktivitäten. (XNA, 20.8.93)

Für das gesamte Jahr 1993 wird mit einer Erhöhung der ländlichen Einkommen um rund nominal 10% gerechnet. Allerdings ist es fraglich, wie hoch der Realanstieg ausfallen wird, da gleichzeitig ein Kostenanstieg bei landwirtschaftlichen Inputs von mindestens 10% erwartet wird.

Da der Pflanzenanbau im Vergleich zu anderen wirtschaftlichen Aktivitäten nur relativ geringe Einkommen ermöglicht, ist die bewirtschaftete Anbaufläche in letzter Zeit deutlich zurückgegangen. Diese Entwicklung sowie langanhaltende Regenperioden könnten nach Einschätzung chinesischer Experten dazu führen, daß die Produktion von Reis, Baumwolle, Zuckerrohr und -rüben sowie Jute hinter das ursprünglich erwartete Niveau zurückfallen wird.

Offizielle Statistiken von Anfang Mai d.J. zeigen, daß in den 14 wichtigsten Reisanbauregionen die bebaute Fläche um 848.000 Hektar geringer ist als im Vorjahresmonat. Vor allem in den Provinzen Zhejiang, Jiangxi, Hunan, Guangdong, Hubei und Fujian ging die Anbaufläche erheblich zurück. Eine ähnliche Situation besteht beim Anbau von zuckerhaltigen Pflanzen; der Rückgang der bebauten Fläche beträgt hier insgesamt 218.000 Hektar. (CD, *Business Weekly*, 8.-14.8.93, S. 8) -schü-

*(33)

Anhebung der staatlichen Baumwoll-Ankaufspreise

Um den Baumwollanbau wieder attraktiver zu machen, hat der Staatsrat eine Erhöhung der Ankaufspreise für Baumwolle in einem Umfang von 10% angekündigt. Der durchschnittliche Ankaufspreis wird damit von derzeit 600 Yuan/100 kg auf 660 Yuan/100 kg steigen. Auch für das kommende Jahr wurde eine nochmalige Erhöhung der Ankaufspreise in Aussicht gestellt.

Auf einer nationalen Konferenz zur Baumwollproduktion, die am 24.8.93 begann, wies Staatsratskommissar Chen Junsheng darauf hin, daß auch in diesem Jahr mit einem Rückgang des Baumwolloutputs aufgrund von Naturkatastrophen, insbesondere Dürre und Überschwemmungen in verschiedenen Anbaugebieten, gerechnet werde. Be-

reits im letzten Jahr war der Output um 20,2% auf 4,6 Mio.t gesunken, ebenfalls vor allem aufgrund von Naturkatastrophen. (CD, 24.8.93) Die Folge war, daß die Bauern einen Einkommensverlust von 13 Mio. Yuan hinnehmen mußten. (XNA, 25.8.93)

Chen Junsheng wies auf der Konferenz auf die bedeutende Rolle der Baumwollproduktion für die nationale Wirtschaftsentwicklung hin. So habe der Baumwolloutput Einfluß auf die Einkommen der baumwollproduzierenden Bauern, auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung der baumwollproduzierenden Regionen, auf die Einkommen von ca. 10 Mio. Beschäftigten in der Textilindustrie und auf die Höhe der Deviseneinnahmen aus Textilexporten.

Bereits im März d.J. hatte der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji die Durchsetzung von vier Maßnahmen gefordert, um den Bauern Anreize zum Baumwollanbau zu geben und um die Baumwollproduktion zu stabilisieren. Hierzu zählten die Zuteilung günstiger Kredite an die Bauern und die Bereitstellung von ausreichenden Finanzmitteln zum Ankauf der Baumwollproduktion durch den Staat, so daß keine Anrechtsscheine statt Bargeld mehr ausgegeben werden mußten. Weiterhin sollten die laufenden Verträge mit den baumwollproduzierenden Bauern eingehalten und den Bauern Vorzugspreise für die Inputs wie Chemikalien und Treibstoffe eingeräumt werden. (CD, 24.8.93) -schü-

*(34)

Ungenehmigte Wirtschaftsentwicklungszonen verboten

Nach Angaben eines offiziellen Vertreters der Abteilung für Wirtschafts-sonderzonen beim Staatsrat sind drei Viertel der Wirtschaftsentwicklungszonen geschlossen worden. Insgesamt wurde die Zahl dieser Zonen von vorher 1.006 auf 249 reduziert. Das Verbot betraf solche Wirtschaftsentwicklungszonen, die keine Genehmigung von der Zentralregierung erhalten hatten, sondern von den Lokalregierungen in den Provinzen Liaoning, Hebei, Shandong, Jiangsu, Zhejiang, Fujian und Guangdong sowie Guangxi errichtet worden waren. (XNA, 17.8.93) In einer anderen offiziellen Ankündigung ist von einer Reduzierung der Wirtschaftsentwicklungszonen in sieben Küstenprovinzen und einer autonomen Region von ehemals 1.200 auf nunmehr 200 die Rede. Hierdurch sei die Gesamtfläche von vordem mehr als 7.500 km² auf nunmehr 1.600 km² gesenkt worden. (XNA, 12.8.93)

Zu den Wirtschaftsentwicklungszonen, die von der Zentralregierung verboten wurden, zählten auch solche, die keine ausreichende Durchführbarkeitsstudie oder schwerwiegende Probleme in Bezug auf Standort, Planung und finanzieller Ausstattung aufwiesen. (XNA, 17.8.93)

Nach Angaben von Hu Ping, dem Direktor der Abteilung für Sonderwirtschaftszonen beim Staatsrat, hätten nur ein Zehntel der Wirtschaftsentwicklungszonen einen positiven Einfluß auf die lokale Wirtschaft gehabt. Außerdem würden noch rund ein Fünftel der Zonen aufgrund unzureichender Finanzmittel nicht mit der Durchsetzung der geplanten Projekte beginnen können.

Die Zahl der vom Staatsrat genehmigten Wirtschafts- und Technologieentwicklungszonen in den Küstenregionen wird von Hu Ping mit insgesamt 30 angegeben. (XNA, 12.8.93)

Das Verbot ungenehmigter Wirtschaftsentwicklungszonen war eine der Maßnahmen zur Dämpfung der konjunkturellen Überhitzung. Die Zonen waren vor allem von den Lokalregierungen genehmigt worden, da sie sich hohe Gewinne aus Grundstücksverkäufen versprachen. Um sie für Investoren attraktiv zu machen, genehmigten die Lokalbehörden entgegen den Vorschriften besondere Steuervorteile und andere Investitionsanreize. (FT, 13.8.93)

Auch in Zukunft sollen Wirtschaftsentwicklungszonen genehmigt werden, da sie sich im Rahmen der außenwirtschaftlichen Öffnung als sehr effektiv erwiesen hätten. Allerdings soll die Genehmigung planvoll und schrittweise erfolgen und die Errichtung von Wirtschaftsentwicklungszonen in den Inlandsprovinzen sowie in den Grenzgebieten und entlang großer Flüsse Priorität genießen. (XNA, 17.8.93) In diesem Jahr wurden elf Wirtschaftsentwicklungszonen entlang des Yangzi sowie in Nordostchina in der Nähe der Städte Shenyang (Provinz Liaoning), Changchun (Provinz Jilin) und Harbin (Provinz Heilongjiang) genehmigt. (FT, 19.8.93) -schü-

*(35)

Ausweitung des Privatsektors

Die Anzahl der kleineren selbständigen Betriebe, die bis zu acht Arbeitskräfte beschäftigen, erhöhte sich bis Ende Juni d.J. um 9,8% im Vergleich zum Ende des Jahres 1992 und beträgt

zunehmend 15,48 Millionen. Die Zahl der Privatunternehmen stieg sogar im genannten Zeitraum um 31,8% und beläuft sich inzwischen auf 184.000.

Nach Aussagen der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel zeichnete sich der Privatsektor in diesem Jahr durch eine steigende wirtschaftliche Effizienz aus. Der Output und der Umsatz der Privatunternehmen in der ersten Jahreshälfte vervielfachten sich im Vergleich zur Vorjahresperiode und betragen 16,15 Mrd. Yuan bzw. 9,69 Mrd. Yuan. Auch die Wirtschaftskraft der Privatunternehmen nahm erheblich zu. Das Kapital dieser Unternehmen erhöhte sich von durchschnittlich 159.000 Yuan im Jahre 1992 auf 246.000 Yuan, ein Anstieg um 54,7%. Die kleinen selbständigen Betriebe vergrößerten ihre Kapitalbasis im genannten Zeitraum um 34,7% auf 67,66 Mrd.Yuan und steigerten ihren Outputwert in den Bereichen Industrie, Bausektor und Transport um 35,9% auf 58,41 Mrd.Yuan.

Die staatliche Verwaltung für Industrie und Handel wies ebenfalls darauf hin, daß sich die Industriestruktur im Privatsektor verbessert habe und mehr private Unternehmen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Informationsdienstleistungen aktiv geworden seien. Insgesamt sei die Zahl der technologieintensiven und exportorientierten Privatunternehmen im ersten Halbjahr 1993 deutlich gestiegen. (XNA, 22.8.93)

Einer Untersuchung der Beijing Zero Survey Company zufolge beurteilten die privaten Unternehmen ihre Zukunftsaussichten seit Oktober 1992 (ZK-Beschluß zur sozialistischen Marktwirtschaft) wieder erheblich besser. Die Untersuchung wurde mit einer Gesamtzahl von 500 Privatunternehmen in 15 Provinzen durchgeführt, deren Unternehmen ein Kapital von mehr als einer Million Yuan auswies. Der Befragung nach waren 97,35% der Unternehmer mit der augenblicklichen Wirtschaftspolitik vollkommen oder überwiegend zufrieden. Allerdings klagten fast die Hälfte der Befragten, daß viele wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht exakt ausgeführt würden.

Drei Viertel der befragten Unternehmer bezeichneten die Politik der Ermüdung des privaten Sektors durch die Regierung als verlässlich, und 65% erklärten, eine weitere Expansion ihrer Unternehmen verfolgen zu wollen.

Die Befragung soll auch gezeigt haben, daß private Unternehmer starkes Interesse an solchen Fragen hätten wie Chinas Bemühungen um einen GATT-Beitritt, die Wahl des nicht-KP-Mitglieds und bekannten Geschäftsmannes Rong Yiren zu einem der stellvertretenden Ministerpräsidenten und die größere Zahl von Privatunternehmern im NVK. (XNA, 26.8.93) -schü-

Taiwan

***(36)**
Sieben lateinamerikanische Staaten fordern die Wiederaufnahme Taiwans in die UNO

Am 6. August haben sieben lateinamerikanische Staaten (El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Honduras, Panama und Belize) in einem Brief an UN-Generalsekretär Butros Ghali gefordert, die Frage der Wiederaufnahme der Republik China in Taiwan in die Weltorganisation auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung im September d.J. zu bringen. (LHB, 9.-10.8.93; FCJ, 13.8.93). Am 25. Oktober 1971 war Taiwan gezwungen worden, die UNO zu verlassen, nachdem die Vollversammlung im 2758. Beschluß die Regierung Beijing als Vertreter Chinas anerkannt hatte.

Ob der neue Antrag der lateinamerikanischen Länder überhaupt auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt werden kann, muß zuerst vom Generalauschuß (General Commit-

tee) der UNO mit 29 Mitgliedstaaten mehrheitlich entschieden werden. In der Vollversammlung ist für die Entscheidung über einen "wichtigen Beschluß" wie den genannten 2758. Beschluß eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Von den 183 UN-Mitgliedstaaten haben nur 25 diplomatische Beziehungen zu Taiwan. Im Generalauschuß der letzten Vollversammlung anerkennen nur vier Staaten die Republik China. Am 12. August wiederholte der Sprecher des Außenministeriums in Beijing den Widerstand gegen eine Rückkehr Taiwans in die UNO. (DGB, 14.8.93) Am 31. August haben das Amt für Taiwan-Angelegenheiten und das Presseamt des Staatsrats der VR China in einem Weißbuch unter dem Titel "Die Taiwan-Frage und die Wiedervereinigung Chinas" den gleichen Standpunkt noch einmal nachdrücklich wiederholt. (Ein Reprint des Dokuments in deutscher Übersetzung wird im nächsten Heft von *China aktuell* veröffentlicht.) - ni -

***(37)**
Beziehungen zu den westafrikanischen Staaten Nigeria und Liberia

Pressemeldungen Taiwans zufolge wurde die "Handelsmission der Republik China" in Nigeria auf die Ebene eines Generalkonsulats der Republik China angehoben. Damit unterhalten nun zwei Staaten trotz ihrer diplomatischen Beziehungen mit Beijing Konsularbeziehungen zu Taipei - der andere Staat ist Lettland. (LHB und CP, 14.8.93)

Am 10. August meldete die amtliche chinesische Nachrichtenagentur XNA, daß die provisorische Regierung von

Liberia diplomatische Beziehungen zur VR China wieder aufgenommen und gleichzeitig ihre diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hätte. (DGB, 12.8.93) Aber Taipei behauptete, daß es von Liberia keine diesbezügliche Erklärung erhalten habe. Sein Botschafter, der infolge des Bürgerkriegs Liberia verlassen hat, werde nach der Auflösung der provisorischen und der Bildung einer Übergangsregierung nach Monrovia zurückkehren. In den letzten drei Jahren habe Taiwan 6.000 t Reis und Düngemittel an Liberia geliefert. Für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China habe die provisorische Regierung Liberias von Beijing eine Finanzhilfe von 350 Mio. US\$ verlangt, sagte das Außenministerium in Taipei. (LHB, 12. u. 18.8.93; ZZ, 20.8.93) - ni -

***(38)**
14. Parteitag der Regierungspartei KMT: Alles zum Besten oder alles unter den Teppich gekehrt?

Vom 16. bis 22. August fand der 14. Parteitag der Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang) in Taipei statt, an dem 2.100 Delegierte teilnahmen. Zum erstmalig in der 99jährigen Geschichte der Partei wurde am 18. August der Parteivorsitzende statt per Akklamation per geheimer Abstimmung durch die Delegierten gewählt. Ohne Gegenkandidaten wurde Li Denghui (Lee Teng-hui, 70) in diesem Amt bestätigt. Neu ist, daß am gleichen Tag auch vier Vizeparteivorsitzende gewählt wurden: Li Yuanqu (Li Yuan-zu, 70), Hao Bocun (Hau Peitsun, 74), Lin Yanggang (Lin Yangkang, 66) und Lian Zhan (Lien Chan, 57); dabei wurde allerdings nicht mehr geheime Wahl, sondern Abstimmung durch Handzeichen praktiziert.

Seit Jahren gibt es innerhalb der Partei vehemente Flügelkämpfe zwischen der sog. "Zhuliupai" (Hauptströmung) und der "Feizhuliupai" (Nicht-Hauptströmung). Während die erste Gruppe überwiegend aus einheimischen Insulanern um Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden Li Denghui besteht und immer mehr zur Unabhängigkeit Taiwans vom chinesischen Festland tendiert, hält die zweite Gruppe, hauptsächlich bestehend aus gebürtigen "Festländern", an dem Standpunkt der Einheit Chinas und an der Staatsräson der "Republik China" fest. Anfang des Jahres erreichte der Machtkampf einen Höhepunkt. Da in dem Ende Dezember des vergangenen Jahres in Taiwan zum erstmalig vollstän-



(FCJ, 20.8.93)